

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 5. April 1924.

Die Installationstätigkeit der städtischen Gaswerke. Einem Bericht über die Installationstätigkeit der städtischen Gaswerke im Monate März ist zu entnehmen, daß seit Beginn des Jahres in 1789 Häusern mit 29.612 Wohnungen Mietgaseinrichtungen vorgenommen wurden, da von Monat März allein in 259 Häusern mit 4555 Wohnungen. Es wurden ferner 262 Neuan schlüsse und Zuleitungen für Mietanlagen in diesem Monat durchgeführt, und 405 gelangen noch zur Ausführung. Von den verschiedenen Gasgeräten (Kocher, Kocher mit Fortkochstellen, Bratöhre, Aufsatzherde, Gasbügelsisen, Lampen, Doppelhähnen) wurden 6218 Apparate verkauft.

Wie die Gerichte die Wohnungsnot vermehren. Bei den Bezirksgerichten wird die Zahl der Klagen wegen gerichtlicher Kündigung von Wohnungsbestandteilen, die vom Hauptmieter selbst oder für seine nächsten Verwandten benötigt werden, immer größer. Auf Grund des § 19 des Mietengesetzes hat sich nun leider eine Spruchpraxis bei den Bezirksgerichten entwickelt, die unausgesetzt zu Delogierungen führt und dadurch neue Wohnungslose schafft. Obwohl es sich oft um große Wohnungen handelt, wird dem Eigenbedarf des Hauptmieters vom Gericht stattgegeben, trotzdem der bisherige Untermieter, ohne daß die Wohnung überbelegt wäre, in der Wohnung verbleiben könnte. In den letzten Tagen hat das Bezirksgericht Favoriten einige Kündigungen für rechtswirksam erklärt und dafür eine Begründung angeführt, die dem Kampf des Wohnungsamtes gegen die Wohnungsnot nur noch mehr zu erschweren geeignet ist. Es wurde nämlich auf den Einwand des Beklagten, daß ihm doch nur gegen Beistellung einer geeigneten Ersatzwohnung gekündigt werden könne, da sonst Obdachlosigkeit eintritt, in der schriftlichen Urteilsbegründung mitgeteilt, daß dies für die Entscheidung wirkungslos sei, weil es Sache des Wohnungsamtes ist, die Bevölkerung mit Wohnungsmöglichkeiten zu versorgen. Unter solchen Umständen wird selbstverständlich die Zahl der durch gerichtliche Entscheidungen obdachlos gemachten Personen immer größer und es wird dem Wohnungsamt unmöglich gemacht, alle diese Personen auch nur in absehbarer Zeit unterzubringen.

Orchesterkonzert der Strassenbahner. Der Männergesangsverein der städtischen Strassenbahnen veranstaltet am Sonntag, den 6. April um 7 Uhr abends im Festsaal der Neuen Wiener Hofburg ein Orchesterkonzert. Die Leitung haben Chormeister Josef Burgschwieger und Dirigent Julius Kastner übernommen.

Spende für die städtischen Sammlungen. In der gestrigen Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Seitz mit, daß Herr Philipp Ruthner aus Klosterneuburg für die städtischen Sammlungen ein Oelgemälde, das Grab des Dichters Johann Nestroy auf dem Währinger Ortsfriedhof darstellend, gespendet hat. Der Gemeinderat sprach dem Spender den Dank aus.

Landaufenthalt für die erwerbstätige Jugend. Die ärztlichen Untersuchungen für die Aufnahme in die Erholungsheime der Lehrlingsfürsorgeaktion haben nunmehr begonnen. Für die Mitglieder der Wiener Bezirkskrankenkasse finden die Untersuchungen bei den Aerzten in den Bezirken statt. Für die Mitglieder der Arbeiter-Krankenkasse und aller Krankenkassen, die dem Verband angeschlossen sind, ist die Untersuchung jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 8 bis 9 Uhr früh im VI., Königseggasse Nr 10. In dieser Untersuchungsstelle sind auch Anmeldebücher für die Erholungsheime erhältlich.

Platzkonzerte und Musikzüge für die Kinderrettungswoche. Sonntag, den 6 April 1924 von 11 bis 1 Uhr vormittags: am Stefansplatz, Inf.Reg.Nr 3, Musikleiter Karl Krall, Rathausplatz, Inf.Reg.Nr 4, Kapellmeister Anton Mader, Stadtpark, Inf.Reg.Nr 5, Kapellmeister Josef Karl Richter, Mariahilfergürtel, Inf.Reg.Nr 2, Musikleiter Karl Wojacek, Schloß Schönbrunn von 10 bis 12 Uhr Strassenbahnerkapelle Rudolfsheim, Kapellmeister Karl Hoffmann. 17. Bezirk Musikzug 9 Uhr ab Rosensteinpark. 18. Bezirk Musikzug des Mozartorchesters, Kapellmeister Hans Maurer, Abmarsch 8 Uhr Schulgasse. Dienstag, den 8. April: Städtische Feuerwehrkapelle, Musikzug und Platzkonzert am Hof von 3 bis 5 Uhr. Mittwoch, den 9. April: Strassenbahnerkapelle, Kapellmeister Zeidler, Musikzug Stefansplatz, Heldenplatz, dort Platzkonzert, 6 bis 7 Uhr. Sonntag, den 13. April: Platzkonzert der Feuerwehr Am Hof von 10 bis 12 Uhr. 18. Bezirk, (Währing) Musikzug, Kapelle Bergsteiger. 20. Bezirk (Brigittenau) Kapelle des republikanischen Schutzbundes, Musikzug Kapellmeister Fara, Abmarsch 9 Uhr Wäntergasse. 9. Bezirk, Alsergrund, Kapellen der Gaswerke, Elektrizitätswerke und Franz Josefsbahner. Tag wird noch bekanntgegeben.

Vorsicht während der Kinderrettungswoche. Das rege Interesse der Bevölkerung für die Kinderrettungswoche hat eine Reihe Sammler auf die Beine gebracht, die alle vorgeben, für die Kinderrettungswoche zu sammeln. Das Wiener Jugendhilfswerk stellt daher neuerlich fest, daß anlässlich der Kinderrettungswoche bloß eine Hausammlung mit dem amtlichen Sammelbogen durch Fürsorgeräte und Hausbesorger erfolgt. Ansonsten wird nur bei den Platzkonzerten und bei den Bahnhöfen gesammelt. Jeder Sammler hat einen Berechtigungsschein des Wiener Jugendhilfswerks. Das Erträgnis aller anderen Sammlungen fließt nicht der Kinderrettungswoche zu.

Geehrte Redaktion!

Ausführender Stadtrat Professor Tandler ersucht freundlichst diese Mitteilung bestimmt morgen zu veröffentlichen, da der Unfug unrechtmäßiger Sammlungen für die Kinderrettungswoche bereits sehr umfangreich geworden ist.

RATHAUS KORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am 5. April 1924. A b e n d a u s g a b e

Die Wiener Wohnung der Budapester Opernsängerin Maria Nemeth. In der letzten Zeit wurde in einigen Zeitungen gemeldet, dass die bekannte Sängerin des ungarischen Opernhauses in Budapest, Maria Nemeth, mit der die Direktion der Wiener Staatsoper Engagementsverhandlungen führt, bereits eine Fünfstückerwohnung in Wien erhalten hätte. Das Wohnungsamt der Stadt Wien ersucht um die Feststellung, dass diese Nachricht nicht richtig ist. Frau Maria Nemeth ist bis jetzt überhaupt beim Wiener Wohnungsamt nicht vorgemerkt und es konnte schon aus diesem Grunde eine Wohnungszuweisung nicht erfolgen.

Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Morgen Montag entfällt die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Hugo Breitner.

Die Gehaltsfrage der städt. Beamten.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Verbands der städt. Angestellten (Verwaltungsbeamten, Lehrer und Bediensteten der Gemeindehoheitsverwaltung) wurden unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Speiser Samstag im Rathause fortgesetzt. Parallel damit führte Stadtrat Speiser die Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Unternehmungsbeamten. Es gelang in später Abendstunde, in den Grundlagen eine Annäherung zustande zu bringen. Die Verhandlungsteilnehmer nahmen als Grundlage für die Regulierung die Aufstellung eines neuen Schemas an, innerhalb dessen die Wünsche der einzelnen Kategorien der Angestellten nach Möglichkeit in Erfüllung zu bringen sind. Den Vertretern der unteren Kategorien wurde zugestanden, dass ihre Bezüge trotz der erfolgten Valorisierung bei dem neuen Schema so erstellt werden, dass die Verteuerung der Lebenshaltung seit der letzten Regulierung im Dezember, die durch den steigenden Index gekennzeichnet ist, Berücksichtigung findet. Dabei wiesen die Bediensteten dieser Kategorie daraufhin, dass die Valorisierung ihrer Bezüge oder gar eine ^{Ue}berangleichung damit zusammenhänge, dass die unteren Schichten im Frieden ganz besonders schlecht bezahlt wurden. Erfreulicherweise konnte auch konstatiert werden, dass die Vertreter der der unteren Schichten sich der Notwendigkeit nicht verschließen, dass für die höheren Kategorien, die in ihren Bezügen hinter der Valorisierung ganz außerordentlich zurückgeblieben sind, das bestehende Mißverhältnis wieder um ein Stück ausgeglichen werde. Die Schemaregulierung wird also den mittleren und oberen Schichten der Beamten und Bediensteten eine Verbesserung ihrer derzeit wesentlich schlechteren Lebenshaltung bringen. Die zu treffenden Maßnahmen sollen auf den 1. Februar d. J. rückwirkend gemacht werden, wodurch es ermöglicht wird, jedem städt. Angestellten etwa um die Monatsmitte nach durchgeführter Schemaregulierung den sich aus der Durthrechnung ergebenden Betrag anzuweisen.

Am 1. Mai d. J. werden schon die erhöhten Bezüge ausbezahlt werden. Die Nachträge werden bei den untersten, schon valorisierten Schichten K 270.000.- ausmachen und nach oben hin entsprechend ansteigen. Die Schemaregulierung wirkt auch auf die Pensionisten aus.

Die Vorlagen werden den gemeinderätlichen Körperschaften wahrscheinlich in der Mitte der nächsten Woche zugehen, so dass die Hoffnung besteht, dass sie am Freitag im Gemeinderate erledigt werden.
